Kompakt

Privatisierung forcieren

BELGRAD – Die serbische Regierung will die Beteiligungen des Staates an Geschäftsbanken abgeben. Derzeit ist der Staat an 16 der insgesamt 46 serbischen Banken beteiligt und hält in 7 davon sogar die Mehrheit. Bei 3 weiteren Banken beträgt der Staatsanteil mehr als 30 Prozent, wie die Tageszeitung «Vecernje novosti» am Freitag berichtet. In Belgrad hofft man, dass die Bankenprivatisierung neben den Verkaufserlösen für den Staat auch zu billigeren Bankdiensten und einer Senkung des Zinsniveaus führen wird. (sda)

James-Bond-Gefühle

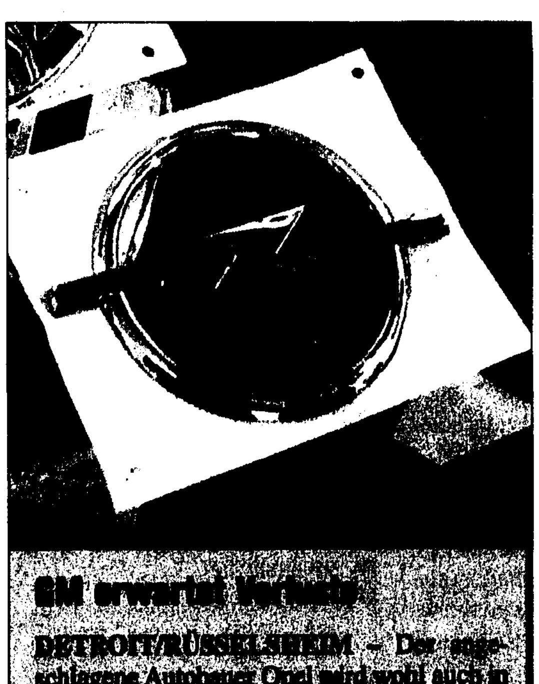
DÜSSELDORF – Der schnittige «Seabob» lässt bei Tauchern wahre James-Bond-Gefühle aufkommen. Wie 007 in einem der legendären Agenten-Thriller kann man mit dem kleinen Wasserschlitten bis zu 40 Meter tief tauchen. Das mit einem fünf PS starken Elektro-Jetantrieb ausgestattete Gefährt ist eine der Attraktionen auf der in Düsseldorf startenden Wassersportmesse «Boot». Gesteuert wird der 15 Stundenkilometer schnelle, auch auf dem Wasser nutzbare kleine Flitzer einfach durch Gewichtsverlagerung des Körpers. (sda)

Sieben Prozent gewachsen

LONDON – Der Weltpharmamarkt ist gemessen am Umsatz in den vergangenen zwölf Monaten bis November erneut um sieben Prozent gewachsen. Bereits im Oktober lag die Zuwachsrate lediglich auf diesem Niveau. Wie der Pharmadatenanbieter IMS Health am Freitag mitteilte, wurden in dem Zeitraum bis November weltweit mit Arzneimitteln 345 Mrd. Dollar umgesetzt. Die IMS-Daten erfassen den Umsatz über Apotheken in den 13 wichtigsten Märkten, die rund zwei Drittel des Weltmarkts ausmachen. (sda)

Millionenklage

DALLAS – Der US-Bundesstaat Texas hat am Donnerstag eine Millionenklage gegen zwei Männer wegen der Verbreitung von irreführenden Werbe-E-Mails («Spam») eingereicht. Als Verantwortliche für die Firmen PayPerAction L.L.C., Leadplex L.L.C. und Leadplex Inc hätten sie Millionen betrügerischer E-Mails versandt. (sda)



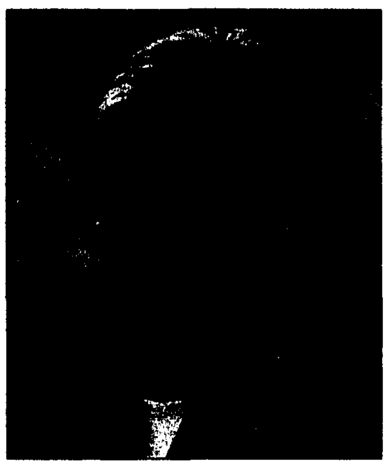
GM erwartet Verluste

DETROIT/RÜSSELSHEIM – Der angeschlagene Autobauer Opel wird wohl auch in diesem Jahr nicht aus den roten Zahlen kommen. Mutterkonzern General Motors erwartet 2005 in seinem Europe-Geschäft mit den Töchtern Opel, Vauxhall und Saab ein Minus von 381 Millionen Euro ohne Restrukturierungskosten, wie der weltgrösste Autokonzern mitteilte. Opel trägt rund 80 Prozent zum Ergebnis von GM-Europe bei. Nach Informationen der «Welt» ist Opel im vergangenen Jahr noch tiefer in die roten Zahlen gerutscht. 2004 sei der Betriebsverlust der Adam Opel AG auf rund [illegible] Millionen Euro gestiegen. Im Jahr 2003 hatte Opel 384 Millionen Euro operativen Verlust gemacht. [illegible] (sda)

MEINE MEINUNG: VON PETER LAMPERT

Startgeld macht es leichter

KMU-Förderung sollte schon bei Start-Unternehmen beginnen



Peter Lampert, Inhaber eines Klein- und Mittelunternehmens.

Klein- und Mittelunternehmen (KMU) bilden das Rückgrat jeder Volkswirtschaft. Auch in Liechtenstein gibt es viele dieser kleinen Unternehmen. Die einen sind für die Grundversorgung mit Lebensmitteln da, andere bieten Dienstleistungen an, wieder andere schauen, dass die Ware oder die Dienstleistung zu den Leuten kommt. Kleine und mittlere Unternehmen sind flexibel, sie können sich leicht auf Veränderungen einstellen, sie haben innovative Ideen, sie suchen sich Nischen auf den Märkten. Sogar in Zeiten, als Banken und Industrien kein Personal mehr einstellten oder weitere Rationalisierungen zum Personalabbau beschlossen, wurden immer noch neue KMUs gegründet.

Der Weg in die Selbstständigkeit ist kein einfacher Weg. Viele Hindernisse stellen sich einem Unternehmer in den Weg, bis das Unternehmen in den Startlöchern steht. Noch mehr Hindernisse türmen sich auf, bis die ersten Produkte oder die Dienstleistungen den Kunden präsentiert werden können. Gute Vorbereitung und Ausdauer sind bei jungen Unternehmen genauso gefragt wie bei einem Marathon. Mit dem KMU-Zentrum an der Fachhochschule Liechtenstein ist eine wichtige Stelle geschaffen worden, die eine erste Beratung und später eine Begleitung des Jungunternehmens anbietet. Auch die GWK bietet Serviceleistungen an, die von den jungen Unternehmern genutzt werden können.

Trotz all dieser Hilfe bleiben bei vielen Unternehmen grosse Sorgen bestehen, weil es zuerst für den richtigen Aufbau und nachher für den richtigen Ausbau an Geld fehlt. Die Schwierigkeiten bei der Geldbeschaffung haben schon manchen davon abgehalten, eine innovative Idee umzusetzen. Die Banken bieten zwar Startkapital an, doch verlangen die Geldinstitute gewisse Sicherheiten, die ein initiativer Unternehmer ohne eigene «Hausbündt» nur schwer bereitstellen kann. Aus verständlichen Gründen sind die Banken vorsichtig, wenn es um Darlehen für ein Unternehmen geht, das sich erst in den Startlöchern befindet.

Damit Jungunternehmer mit zukunftsträchtigen Ideen dennoch das notwendige Startkapital erhalten, könnte der Staat im Sinne von Wirtschaftsförderung jedes Jahr einen bestimmten Betrag als Risikokapital zur Verfügung stellen. Das staatliche Darlehen, das ähnlich wie die Wohnbauförderung mit langer Laufzeit und kleinen Rückzahlungsraten ausgestattet werden müsste, sollte aber nur ausgerichtet werden, wenn die Banken kein Startkapital zur Verfügung stellen. Mit dem Startgeld aus der Wirtschaftsförderung könnten die Jungunternehmer an den Start gehen, ohne dass eine Schuldenlast die Kreativität zerstört.

Unternehmer müssen innovativ sein – und kreativ. Kreative Ideen sollten sich aber auch auf der Kreditseite entwickeln. Ich könnte mir vorstellen, dass der Staat und die Banken gemeinsam einen «Geldtopf» einrichten, aus dem Risikokapital an Startunternehmen ausgegeben werden kann. Das Geld wäre ja nicht verloren, der Staat und die Banken nicht ärmer, dafür aber die Wirtschaft um ein paar innovative Unternehmen reicher.

Standards in Europa nicht um jeden Preis

Versicherungsindustrie fordert bei Harmonisierung Rücksicht auf Risiken

ZÜRICH – Ab 2005 müssen in der EU an der Börse kotierte Unternehmen ihre Bilanzen nach International Financial Reporting Standards ausweisen. Die Versicherungsindustrie zögert. Sie bezweifelt, dass IFRS mehr Transparenz und Vergleichbarkeit bringt.

• Kornelia Pfeiffer

Hans Haumer (stehend): Für D-A-CH-L-Versicherungsverbände bleibt unsicher, ob IFRS mehr Transparenz schafft.

Die EU treibt die Harmonisierung des europäischen Finanzmarktes voran. Ziel ist ein einheitlicher Wertpapiermarkt in Europa und ein einheitlicher und sicherer Zugang zum Kapitalmarkt. Das international anerkannte Regelwerk der International Financial Reporting Standards (IFRS) ist ein Teil des Financial Services Action Plan der EU. Der verpflichtet rund 7000 in der EU börsenkotierte Unternehmen, den Konzernabschluss 2005 nach IFRS vorzulegen. Wer nach US GAAP (United States Accepted Accounting Principles) bilanziert, für den soll IFRS spätestens 2007 gelten.

Nicht um jeden Preis

Für die Versicherungsindustrie gestaltet sich die Übernahme des international anerkannten Regelwerkes IFRS als schwierig und komplex. Kern des Disputs ist der von den Standard-Settern angestrebte Fair-Value-Ansatz, also die Bewertung von Versicherungsverträgen und Finanzinstrumenten nach ihren Marktwerten. Bisher üblich ist die Bilanzierung nach Anschaffungskosten. «Ein einheitliches Bilanzierungsmodell ja, aber nicht um jeden Preis», erklärte der Präsident des europäischen Versicherungsverbandes CEA, Gérard de la Martinière, jüngst in Brüssel.

Versicherer sind institutionelle Investoren, deren Bilanzen überwiegend aus finanziellen Vermögenswerten bestehen. Jede neue Bewertungsweise hat weit reichende Auswirkungen. Konkret befürchtet die Assekuranz, der Fair-Value-Ansatz könnte im langfristigen Lebensversicherungsgeschäft eine «künstliche Volatilität» schaffen: eine Volatilität, die nicht auf veränderten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen basiert, sondern auf veränderten Buchführungsregeln. Dies war am Mittwoch in Zürich bei der ersten gemeinsamen Tagung der Versicherungsverbände aus Deutschland, Österreich, der Schweiz und Liechtenstein (D-A-CH-L) zu erfahren.

Internationaler Mischmasch

Die risikoadäquate Bewertung der langfristigen Verpflichtungen, sprich die Einschätzung künftiger Risiken auf einen Standard zu bringen, sei schwierig. So fasste Hans Haumer, Präsident des Liechtensteinischen Versicherungsverbandes die Begründung für die zögernde Haltung der Versicherungsindustrie zusammen. Für den Versicherungsnehmer spielt es keine Rolle, ob die Versicherungen vom bisherigen Mischmasch nationaler Rechnungslegungsstandards auf IFRS umstellen. Internationale Unternehmen müssen eine Vielzahl nationaler Buchführungsvorschriften gerecht werden.

Interessant eine bessere internationale Vergleichbarkeit von Unternehmensabschlüssen für Investoren, Analysten, Rating-Agenturen. Für die D-A-CH-L-Verbände bleibt aber jedoch unsicher, ob die Transparenz sich mit IFRS wesentlich verbessern lässt. Ein Fair-Value-Standard müsse ausführlich überprüft werden, unterstrich Hannes Bogner, Vorsitzender des Komitees für Rechnungswesen und Steuern des Verbandes der Versicherungsunternehmen Österreichs. In der nun beginnenden Phase II zur Einführung von IFRS seien die Standard-Setter aufgerufen, die Eigenheiten des Versicherungsgeschäfts zu berücksichtigen. Vorläufig bleibt bei Versicherungsverträge alles, wie es ist.

In zwei Phasen zum Ziel

Das Versicherungsgeschäft ist von Natur aus komplex. Um ein Rahmenwerk für versicherungsspezifische Aspekte der Rechnungslegung zu schaffen, hat das International Accounting Standards Board (IASB) als federführende Instanz schon im Mai 2002 zwei Phasen beschlossen. Die Versicherungsindustrie tut damit einen Zwischenschritt. In Phase I ging es um eine allgemein gültige Definition eines Versicherungsvertrages, die seit 1. Januar in Kraft ist.

Nun hat Phase II begonnen, in der es um die höchst umstrittene Frage der Bewertung von Versicherungsverbindlichkeiten geht. Wann diese Phase abgeschlossen sein wird, ist noch völlig offen. Mit den ersten Konzernabschlüssen der Versicherungswirtschaft dürfte nicht vor 2009 zu rechnen sein. Im Februar findet ein Diskussionsforum des IASB statt, in der auch Versicherungen angegangen werden, die zu den «heiligen Kühen» zählen.